



---

## Rechtsausschuß

12. Sitzung (nicht öffentlich)

23. Oktober 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.05 Uhr

Vorsitz: Gunther Sieg (SPD)

Stenographin: Heike Niemeyer

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

#### 1 Schnelle Bestrafung von Tätern

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/1354

Anhörung von Sachverständigen

1

Teilnehmer:

Institution	Redner
Amtsgericht Bochum	Direktor Friedrich Meyer
Staatsanwaltschaft Bochum	Oberstaatsanwalt Wolfgang Dörsch
Polizeipräsidium Bochum	Erster Kriminalhauptkommissar Georg Lohmann
IHK zu Bochum	Hans-Joachim Panne
Vereinigung der Strafverteidiger	Rechtsanwalt Axel Nagler

**2 Beratungen im Bundesrat**

- a) Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens und des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Bundratsdrucksache 605/96

- b) Sechstes Gesetz zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Drucksachen 1339/93, 1340/69

18

Justizminister Dr. Behrens teilt den Stand des jeweiligen Gesetzgebungsverfahrens mit.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1200

Vorlagen 12/841, 12/842, 12/843

Zuschriften 12/640, 12/643

18

Der Ausschuß geht im einzelnen auf folgende Punkte ein:

ADV-Maßnahmen in der Justiz

18

Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder, Pfleger und Betreuer

19

Täter-Opfer-Ausgleich

19

Kosten des Vollzugs der Abschiebungshaft

20

Seite

**4 Einweisungsverfahren im Strafvollzug des Landes Nordrhein-Westfalen**

hier: Zum 1. Januar 1997 geplante Änderungen

Vorlage 12/934

20

Das Justizministerium sagt zu, die vorhandene zahlenmäßige Aufstellung nachzuliefern.

**5 Behandlung von Sexualstraftätern im Strafvollzug**

Vorlage 12/987

21

- Kurze Aussprache

Verfahrensmäßig verständigt sich der Ausschuß darauf, die Diskussion zu vertagen, bis das Protokoll der zu diesem Thema im Deutschen Bundestag durchgeführten Anhörung bzw., wenn möglich, die Auswertung dieses Protokolls durch das nordrhein-westfälische Justizministerium vorliegt.

**6 Mehr sachliche Unabhängigkeit für die Staatsanwaltschaften**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/1349

21

Der Ausschuß will diesen Antrag in der nächsten Sitzung abschließend behandeln und abstimmen.

**7 Termin- und Arbeitsplan 1997**

21

**Würdigung des Ministerialdirigenten Dr. Meyer ter Vehn**

22



## 2 Beratungen im Bundesrat

- a) Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens und des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Bundesratsdrucksache 605/96

- b) Sechstes Gesetz zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Drucksachen 1339/93, 1340/69

Zu a) **Justizminister Dr. Fritz Behrens** berichtet, der Entwurf habe den Bundesrat am 18. Oktober passiert und werde nunmehr dem Bundestag zur Entscheidung vorgelegt. Das Gesetzespaket solle der Entlastung der Zivilgerichtsbarkeit dienen.

Zu b) Dieses Gesetz zur Entlastung der Verwaltungsgerichtsbarkeit habe inzwischen alle Instanzen mit Zustimmung durchlaufen und trete zum 1. Januar 1997 in Kraft.

## 3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1200

Vorlagen 12/841, 12/842, 12/843

Zuschriften 12/640, 12/643

### ADV-Maßnahmen in der Justiz

**Maria Theresia Opladen (CDU)** erkundigt sich, wann die Justiz in punkto "elektronische Datenverarbeitung", realistisch betrachtet, auf dem neuesten Stand sein werde und ob die Ausführung der an den oftmals denkmalgeschützten Gebäuden der Justiz notwendigen baulichen Veränderungen mit dem für die Ausstattung mit IT-Technik geplanten Tempo Schritt halten könne.

**Justizminister Dr. Fritz Behrens** erinnert an die Entscheidung der Landesregierung, dergemäß vorgesehen sei, die Justiz bis zum Jahre 2003 in den Feldern ordentliche Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften und Aus- und Fortbildung da, wo möglich und nötig, komplett mit IT-

Technik zu bedienen. Dies erfordere in fast allen Gebäuden erhebliche Baumaßnahmen. Durch Absprache mit dem Bauministerium habe man für eine zielgerichtete und zügige Planung dieser Maßnahmen Sorge getragen. Daß dennoch hier und da in der Abwicklung Verzögerungen eintreten könnten, verstehe sich allerdings fast von selbst.

### Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder, Pfleger und Betreuer

Die Steigerung dieses Ansatzes um 15 Millionen DM erscheint **Maria Theresia Opladen (CDU)** vor dem Hintergrund ihr vorliegender Berichte aus der Praxis sehr, sehr hoch. Insbesondere interessiert die Abgeordnete, nach welchen Kriterien und in welchem Umfange eine Vergütung bzw. Aufwandsentschädigung in den Fällen der §§ 1836 und 1836 a BGB für Betreuer gewährt werde und wie sich die tatsächlichen Ausgaben per 30. Juni oder 30. Juli 1996 darstellten.

Die Ausgaben für Betreuer belaufen sich, so **MR Kamp (JM)**, per 31. Juli 1996 auf ca. 45 Millionen DM. Herr Kamp erinnert an die Diskussion in der Vergangenheit und die Tatsache, daß der Titel durch überplanmäßige Mittel hätte bedient werden müssen. Die starke Inanspruchnahme habe sich in den ersten sieben Monaten dieses Jahres fortgesetzt.

### Täter-Opfer-Ausgleich

Frau **Opladen** erkundigt sich ferner nach der vom Ministerium anvisierten Zielgruppe und nach dem Konzept der Landesregierung bzw. den zugrunde liegenden Kriterien für den in 1997 mit 2 150 000 DM gegenüber 1 150 000 DM in 1996 in Ansatz gebrachten Täter-Opfer-Ausgleich.

Als Zielgruppen, an die die Gelder flößen, nennt **MDgt Dr. Stein (JM)** bestimmte Vereine, und zwar etwa zehn Projekte im Lande. Bei den für die Maßnahme eines solchen Ausgleichs in Betracht kommenden Personen handele es sich um wegen eines Vergehens Beschuldigte - auf Verbrechen wolle man das Projekt, obwohl das Gesetz dies erlaubte, nicht ausdehnen. Voraussetzung bleibe, daß erstens ein Geschädigter vorhanden sei und dieser sich - zweitens - auf einen Täter-Opfer-Ausgleich einlasse. Im Moment finde im Ministerium die Abstimmung der Richtlinien für den Täter-Opfer-Ausgleich bei Erwachsenen statt; anschließend müsse noch die Praxis beteiligt werden. - Frau **Opladen** geht davon aus, daß der Rechtsausschuß die Richtlinien zum gegebenen Zeitpunkt zu Gesicht bekommen werde.

### Kosten des Vollzugs der Abschiebungshaft

**Maria Theresia Opladen (CDU)** wünscht genaue Auskunft zu den mit 1 Million DM etatisierten Kosten für Rechtsbeistände für Abschiebehäftlinge und der mit 500 000 DM angesetzten Mittel für die Gewährung von Taschengeld und Entlassungsbeihilfen an Abschiebungsgefangene.

Das Minus von 1,5 Millionen DM gegenüber dem Ansatz 1996 für "Rechtsbeistände für Abschiebehäftlinge" resultiert laut **MR Kamp (JM)** aus den, wenn auch spärlichen Erfahrungswerten der letzten zwei/drei Monate, die gezeigt hätten, daß die Mittel in dieser Höhe vermutlich auskömmlich sein würden, um Beratungshilfe in vollem Umfange durchzuführen.

Den Ansatz "Mittel für die Gewährung von Taschengeld und Entlassungsbeihilfen an Abschiebungsgefangene" habe man auf der Basis von 80 DM kalkuliert und mit einer Zahl von etwa 500 Abschiebungsgefangenen pro Jahr hochgerechnet. - Frau **Opladen** bittet dazu um eine kurzfristige schriftliche Darstellung.

#### **4 Einweisungsverfahren im Strafvollzug des Landes Nordrhein-Westfalen**

hier: Zum 1. Januar 1997 geplante Änderungen

Vorlage 12/934

**Tanja Brakensiek (CDU)** kritisiert, daß die Vorlage keine zahlenmäßige Angabe enthalte, um wieviel sich die - dann alleine von der JVA Hagen - zu verarbeitenden Fälle im Einweisungsverfahren durch die Herausnahme von sich auf freiem Fuß befindenden Verurteilten und ausländischen Gefangenen aus dem Verfahren sowie den Verzicht auf die Zuführung von Strafgefangenen aus einer Verbüßungsanstalt, wenn infolge der Dauer einer Anschlußstrafe die bisherige Zuständigkeit überschritten werde und eine Zuständigkeit für die weitere Vollstreckung bestimmt werden müsse, reduziere, was eine Prognose erlaubte, ob sich dies in der Praxis realisieren ließe.

**MDgt Starke (JM)** beziffert die in Zusammenarbeit mit der JVA Hagen ermittelte Zahl der nach diesen Kriterien verbleibenden Fälle auf wahrscheinlich 1 200 bis 1 300. Unter dem Gesichtspunkt des zu bewältigenden Arbeitsvolumens sollte sie 1 500 nicht überschreiten.

**MR'in Hartmann (JM)** sagt zu, die vorhandene zahlenmäßige Aufstellung nachzuliefern.





Gunther Sieg MdL

Vorsitzender  
des Rechtsausschusses

## LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An die  
ordentlichen und stellvertretenden  
Mitglieder des Rechtsausschusses

im Hause

Telefonzentrale: (02 11) 88 4 - 0  
Durchwahl: 27 92/22 26

Düsseldorf, 16. 10. 96

## Sitzung des Rechtsausschusses am 23.10.1996

hier: Tagesordnungspunkt 1 - Schnelle Bestrafung von TäternAntrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/1354

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der o.a. Antrag der CDU-Fraktion - Drucksache 12/1354 - ist durch Beschluß des Landtags vom 10. Oktober an den Rechtsausschuß zur Beratung und Beschlußfassung überwiesen worden. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Antrag in der Sitzung am 23. Oktober 1996 zu behandeln und halten übereinstimmend einen Erfahrungsbericht zu dem im Antrag angesprochenen "Bochumer Modell" für sinnvoll. Ich habe deshalb den Direktor des Amtsgerichts Bochum, einen Vertreter der Staatsanwaltschaft Bochum, einen Vertreter des Polizeipräsidenten Bochum, einen Vertreter der IHK in Bochum sowie den Vorsitzenden der Vereinigung der Strafverteidiger als Sachverständige zu diesem Termin geladen. Eine entsprechende Ergänzung bzw. Änderung der Tagesordnung ist Ihnen inzwischen zugegangen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Gunther Sieg

F. d. R.

(Lennertz)

Ausschußassistent



## TERMINPLAN 1997

- 1. Jahreshälfte -

	M	D	M	D	F	Sa	So	
Januar			1	2	3	4	5	) Weihnachtspause
	6)	7	8	9	10	11	12	) - " -
	13	14	15	16	17	18	19	) Sitzungswoche
	20	21	(22)	23	24	25	26	) - " -
Februar	27	28	29	30	31	1	2	) - " -
	3	4	5	6	7	8	9	) sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	16	) - " -
	17	18	(19)	20	21	22	23	) Sitzungswoche
März	24	25	26	27	28	1	2	) - " -
	3	4	5	6	7	8	9	) - " -
	10	11	(12)	13	14	15	16	) - " -
	17	18	19	20	21	22	23	) - " -
	(24	25	26	27	28	29	30	) Osterpause
April	31	1	2	3	4	5	6	) vom 24.03.1997
* bei Bedarf	7	8	9	10	11	12)	13	) bis 13.04.1997
	14	15	(16)	17	18	19	20	) Sitzungswoche
	21	22	23	24	25	26	27	) - " -
Mai	28	29	(30)	1	2	3	4	) - " -
	5	6	7	8	9	10	11	) - " -
	12	13	14	15	16	17	18	) - " -
	19	(20)	21	22	23	24	25	) sitzungsfrei
Juni	26	27	28	29	30	31	1	) - " -
	2	3	(4)	5	6	7	8	) Sitzungswoche
	9	10	11	12	13	14	15	) - " -
	16	17	18	19	20	21	22	) - " -
	23	24	25	26	27	28	29	) sitzungsfrei
Juli	30	1	2	(3	4	5	6	) - " -

( ) = Schulferien

□ = Plenarsitzungstage

— = Bundesrat

## TERMINPLAN 1997

- 2. Jahreshälfte -

	M	D	M	D	F	Sa	So	
Juli	7	8	9	10	11	12	13	) sitzungsfrei
	14	15	16	17	18	19	20	) - " -
	21	22	23	24	25	26	27	) Sommerpause
August	28	29	30	31	1	2	3	) vom 23.06.1997
	4	5	6	7	8	9	10	) bis 24.08.1997
	11	12	13	14	15	16	17	) - " -
	18	19	20	21	22	23	24	) - " -
	25	26	27	28	29	30	31	) Sitzungswoche
September	1	2	3	4	5	6	7	) 1. Lsg. Einbr. HG 98
	8	9	10	11	12	13	14	) 1. Lsg. Berat. HG 98
	15	16	17	18	19	20	21	) Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28	) - " -
Oktober	29	30	1	2	3	4	5	) - " -
	6	7	8	9	10	11	12	) - " -
	(13	14	15	16	17	18	19	) sitzungsfrei
	20	21	22	23	24	25	26	) Sitzungswoche
November	27	28	29	30	31	1	2	) - " -
	3	4	5	6	7	8	9	) - " -
	10	11	12	13	14	15	16	) - " -
	17	18	19	20	21	22	23	) - " -
	24	25	26	27	28	29	30	) - " -
Dezember	1	2	3	4	5	6	7	) - " -
	8	9	10	11	12	13	14	) 2. Lsg. HG 98
	15	16	17	18	19	20	21	) 3. Lsg. HG 98
	22	(23	24	25	26	27	28	) Weihnachtspause
	29	30	31					) v. 22.12.97 - 06.01.98

( ) = Schulferien

□ = Plenarsitzungstage

— = Bundesrat

○ = Sitzungen des  
Rechtsausschusses